

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Sonntag den 15. Juli 1877.

Kaufpreis 15,250.
Abonnementpreis vierteljährlich 47,50, incl. Frachtlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbefreiung 30 Pf., mit Postbefreiung 45 Pf. Inserate 1gep. 20 Pf., 2gep. 30 Pf., 3gep. 40 Pf., 4gep. 50 Pf., 5gep. 60 Pf., 6gep. 70 Pf., 7gep. 80 Pf., 8gep. 90 Pf., 9gep. 100 Pf., 10gep. 110 Pf., 11gep. 120 Pf., 12gep. 130 Pf., 13gep. 140 Pf., 14gep. 150 Pf., 15gep. 160 Pf., 16gep. 170 Pf., 17gep. 180 Pf., 18gep. 190 Pf., 19gep. 200 Pf., 20gep. 210 Pf., 21gep. 220 Pf., 22gep. 230 Pf., 23gep. 240 Pf., 24gep. 250 Pf., 25gep. 260 Pf., 26gep. 270 Pf., 27gep. 280 Pf., 28gep. 290 Pf., 29gep. 300 Pf., 30gep. 310 Pf., 31gep. 320 Pf., 32gep. 330 Pf., 33gep. 340 Pf., 34gep. 350 Pf., 35gep. 360 Pf., 36gep. 370 Pf., 37gep. 380 Pf., 38gep. 390 Pf., 39gep. 400 Pf., 40gep. 410 Pf., 41gep. 420 Pf., 42gep. 430 Pf., 43gep. 440 Pf., 44gep. 450 Pf., 45gep. 460 Pf., 46gep. 470 Pf., 47gep. 480 Pf., 48gep. 490 Pf., 49gep. 500 Pf., 50gep. 510 Pf., 51gep. 520 Pf., 52gep. 530 Pf., 53gep. 540 Pf., 54gep. 550 Pf., 55gep. 560 Pf., 56gep. 570 Pf., 57gep. 580 Pf., 58gep. 590 Pf., 59gep. 600 Pf., 60gep. 610 Pf., 61gep. 620 Pf., 62gep. 630 Pf., 63gep. 640 Pf., 64gep. 650 Pf., 65gep. 660 Pf., 66gep. 670 Pf., 67gep. 680 Pf., 68gep. 690 Pf., 69gep. 700 Pf., 70gep. 710 Pf., 71gep. 720 Pf., 72gep. 730 Pf., 73gep. 740 Pf., 74gep. 750 Pf., 75gep. 760 Pf., 76gep. 770 Pf., 77gep. 780 Pf., 78gep. 790 Pf., 79gep. 800 Pf., 80gep. 810 Pf., 81gep. 820 Pf., 82gep. 830 Pf., 83gep. 840 Pf., 84gep. 850 Pf., 85gep. 860 Pf., 86gep. 870 Pf., 87gep. 880 Pf., 88gep. 890 Pf., 89gep. 900 Pf., 90gep. 910 Pf., 91gep. 920 Pf., 92gep. 930 Pf., 93gep. 940 Pf., 94gep. 950 Pf., 95gep. 960 Pf., 96gep. 970 Pf., 97gep. 980 Pf., 98gep. 990 Pf., 99gep. 1000 Pf.

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.
Besuchenden der Redaction:
Dienstag 10-12 Uhr.
Mittwoch 10-12 Uhr.
Donnerstag 10-12 Uhr.
Freitag 10-12 Uhr.
Samstag 10-12 Uhr.
Sonntag 10-12 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Anzeigen:
Otto Stemm, Universitätsstr. 22.
Gottlob Köhler, Katharinenstr. 18, p.
nur bis 1/3 Uhr.

№ 196.

71. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Zur Vermeidung von vielfach schon vorgekommenen Verdrüsslichkeiten sehen wir uns zu der Erklärung veranlaßt, daß Antworten auf die in unserer Expedition niedergelegten Adressen durch uns niemals besördert werden können.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch am 18. Juli a. e. Abends 7 1/2 Uhr im Saale der L. Bürgerschule.

Tagesordnung:

- I. Gutachten des Schul- und Bauausschusses über a. die Pläne für die neuen Volksschulen im großen Johannisgarten, b. verschiedene bauliche Herstellungen und Mobiliarreparaturen in der Realschule I Ordnung, c. eine Nachforderung zu dem Budgetpostulat für Reparaturen in der Nicolaischule, d. die Anbringung von Wandverkleidungen in den neuen Schulen an der Arndtstraße.
- II. Gutachten des Bau- und Delonomieauschusses über a. den vorgelegten Plan wegen Verbreiterung der Alexanderstraße, b. den Revellirungsplan für den Trakt des Peterssteinweges vor dem römischen Hause und dem Benedy'schen Grundstück, c. den Brückenbau über den Eisernmühlgraben an der Canalstraße, sowie die Ueberbrückung des Mühlgrabens im Rauschbühl Steinweg, d. das Abkommen mit Herrn Dr. Heyne wegen Grenzberichtigungen in Folge Regulirung des Rodeiwasfers, e. Rodeiwaseranänderung in der Ringstraße bei der Einmündung der Nordstraße, f. Entschädigung des Herrn Kramer wegen Arealabtretung zur Regulirung der Fluchtlinie der Albersstraße.
- III. Gutachten des Delonomieauschusses über a. die Kaptschlagwirtschaft in den städtischen Waldungen, b. die Budgetpostulate in Conto 12, Post. 5 und 6, c. die Herstellung verschiedener gepflasterter Uebergänge in der Westvorstadt, d. die vom Rathe abgelehnte Herstellung eines gepflasterten Fußweges von der Kochstraße nach der Südstraße.
- IV. Gutachten des Verfassungs- und Finanzausschusses über Abänderung des Regulativs für die Erhebung von Kirchenanlagen.
- V. Gutachten des Verfassungsausschusses über a. die Regulative in Betreff der Lagerung von Spiritus, Petroleum und anderer feuergefährlicher Stoffe, b. die Gewährung der Pensionberechtigung an die Inhaber der neuerrichteten vier Rathsdienersstellen.
- VI. Gutachten des Finanzausschusses über a. Feststellung der diesjährigen Communalsteuer auf 7 Simplicien, b. Feststellung der Beiträge der Grundstücksbesitzer zur Kirchensteuer, c. Erklärung des Rathes auf die gegen die Stadtcassensrechnung pro 1874 gegangenen Erinnerungen.

Bekanntmachung.

Am 3. August d. J. ist ein Beneficium der Hofrath Hölzel'schen Stiftung im Betrage von 120 M. 33 J. zu vergeben. Perceptionsberechtigt ist zunächst eine verw. oder geb. Hölzel, welche hier wohnt, in deren Ermangelung aber eine arme Wittve eines Leipziger Bürger-Handwerkmeisters, welche bereits Almosen genießt und dasselbe hier verzehrt. Bewerberinnen um dieses Beneficium haben sich unter Beifügung der erforderlichen Bescheinigungen bei uns schriftlich bis zum 17. Juli d. J. anzumelden. Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Georgi. Wesserschmidt. Leipzig, am 4. Juli 1877.

Leipzig, 14. Juli.

Die Tage der Ernte rücken schon näher, und mit ihnen der Zeitpunkt der Landtagswahlen, die bei uns in Sachsen nach altem Brauch noch vollzogener Ernte abgehalten werden. Allgemein sieht man freudig hoffend einem reichen Erntertrage entgegen; möge er sich einstellen und manchen Leid lindern, das der wirtschaftliche Niedergang in den letzten Monaten hervorgerufen; möge er aber auch eine gute Vorbedeutung werden für das Ergebnis der Landtagswahlen und den Ertrag der Arbeit, die unserer Volkswirtschaft im Landbau zu Dresden wartet. Aber keine Ernte ohne Saat, ohne gründliche Durchaderung und fleißige Befruchtung des Bodens; das gilt auch von der Arbeit auf politischem Felde. Wie sieht es aber da bei uns mit der Saat aus? Bieleorten ist der Boden noch so dürr und spröde, sind die Saatlöhner so dünn gesetzt, daß es schon ganz außerordentlicher Umstände und Zwischenfälle bedürfte, sollte daraus eine goldene Ernte spritzen. An manchen Punkten sieht es aber doch besser, und an anderen sieht es wenigstens noch nicht so hoffnungslos aus, als daß wir nicht die noch vergönnte Frist benutzen sollten, um dem Risikowach zu steuern und wenigstens einen mäßigen Ertrag zu erzielen. Ob der nächste Landtag sich mit größeren Vorlagen und organischen Gesetzgebungsarbeiten zu beschäftigen haben wird, darüber verläutet in unserer offiziellen Presse noch Nichts. Das ist freilich nicht ohne Weiteres so zu deuten, als ob solche Aufgaben überhaupt nicht vorlägen. Unser sächsischer Minister, das „Dresdener Journal“, und dessen halbamtliche Schwester, die „Leipziger Zeitung“, ziehen bekanntlich gerade im Punkte der sächsischen Politik das Gold des Schweigens dem Silber der Rede vor, und sie treiben diese schöne Tugend so weit, daß sie allemal dann am fleißigsten schweigen, wenn das ganze Land auf sie blickt und nach Auskünften verlangt, die nur sie zu geben vermögen. Aber gefehlt auch, es wären herrliche größere Vorlagen an der That nicht im Werke, so sind doch schon

die mancherlei finanziellen, wirtschaftlichen und administrativen Angelegenheiten, die sicher auch den nächsten Landtag beschäftigen werden, wichtig und eingreifend genug, um ihm und seiner Zusammenkunft, die zum Theil noch in den Händen der Wähler liegt, unsere erste Aufmerksamkeit zuzuwenden. Neben der Budgetberatung, die alle Kreise des sächsischen Staatslebens umfließt oder freist, dürften gerade die dem Rathe, Petitionen und Interpellationen in größerer Zahl an den Landtag herantreten. Hierzu wird namentlich die Einkommensteuer Anlaß geben, die soeben zum ersten Male erhoben wird und schon bei diesem Debit allgemeine Verstimmung erregt, da sich bereits herausgestellt, daß sie in ihrer jetzigen Gestalt, zu bereits bestehenden Gemeinde- und Personalsteuer hinzutretend, einer Steuererhöhung gleichkommt. Die Regierung hat versprochen, auf Grund der inzwischen gemachten Erfahrungen mit Abänderungs- und Milderungsvorschlägen vor die Kammer zu treten. Sache unserer Abgeordneten wird es, die Regierung an ihr Versprechen zu erinnern und im Interesse unseres schon alljährlich angestammten Steuerbüßel zu prüfen. Die Regierung wird ferner Bericht erstatten müssen über Das, was man den Rothstand in Sachsen genannt hat, und über die Maßnahmen, die sie getroffen hat, um wirtschaftlichen Mischständen theils augenblicklich zu begegnen, theils für die Zukunft vorzubringen. Es wird Zeit, daß wir klar in diesen Dingen sehen, deren sich die Parteilagitation bemächtigt hat, deren Regelung aber, wenn möglich, Aufgabe des Staates ist und gründlich und wirksam nur von ihm angegriffen werden kann. Eine weitere Aufgabe wurde in diesem Blatte vor einigen Tagen angedeutet; sie betrifft das Verhältniß des Staates zur Kirche und die Nothwendigkeit, unter immer mehr verdünderndem und einsinkendem kirchlichem Leben durch Abänderung des Wahlgesetzes zur Synode zu heben. Alle Bürger ohne Ausnahme unterstützen die Synode, die Synode aber unterhält uns schlecht; wir haben ein Recht, nach ihrer Zusammen-

setzung und ihren Freichten zu fragen und ihr die Mittel zu ihren mindestens nutzlosen Arbeiten zu verweigern, sie nur dann zu gewähren, wenn sie sich zu neuem Leben aufrichten und den Gliedern der Kirche Trost statt der Steine bietet. So kann auch der nächste Landtag von der größten Bedeutung für die Entwicklung unseres „engeren Vaterlandes“ werden. Daß diese Bedeutung eine gute, heilsolle werde, das liegt zum Theil noch in unserer Hand. Erinnern wir uns dessen, wenn der Tag der Wahl erscheint und sorgen wir, daß er uns gerührt treffe. Der Ultramontanismus in Deutschland hat seinen thätigsten Führer, man darf sagen: sein Haupt verloren. Bischof v. Ketteler ist von der Romfahrt zum Papstjubiläum nicht mehr in seine Diocese zurückgekehrt, ein verzehrendes Fieber warf ihn auf der Heimreise aus Krankenlager und hat nunmehr seinem Leben ein Ziel gesetzt (am 13. Juli zu Burgos in Spanien). Die freitende Kirche wird seinen Hingang als einen unerklärlichen Verlust beklagen. So wie er hat kein anderer Kirchenfürst seine ganze Kraft daran gesetzt, dem Geiste, welcher unter Pius IX. in der katholischen Kirche der herrschende geworden, in dem überwiegend protestantischen Deutschland den Sieg zu verschaffen. Nur einmal während seiner 33-jährigen geistlichen Laufbahn ist er zur römischen Kirche in Gegensatz getreten, damals, als das Unschickliche Dogma aus dem Concil zur Verurtheilung stand. Nicht der Ausschrei des Bewusstseins gegen das dem Verstande zugewandte Opfer hat ihn getrieben, den Papien auf den Knien anzusehen, von diesem Kerkersien abzusehen; es war die Sorge, daß das neue Dogma in Deutschland alle Gebildeten, alle Urtheilsfähigen der katholischen Kirche entfremden werde. Aber nachdem sein Flehen vergeblich gewesen, nachdem Rom auch den letzten Schritt gethan, die Gottheit des Papstes verkündet hatte, hat wiederum Keiner mit solchem Eifer der neuen Lehre in Deutschland die Wene gelehrt, wie der Mainzer Bischof; ihm vor Allen hat es die katholische Kirche zu

anken, wenn die befürchtete Spaltung bisher nicht einen größeren Umfang gewonnen hat. Bollaß der Mann des heutigen vaticanischen Systems war er in Allem, wo es galt, die Macht der Kirche auf das politische und das sociale Gebiet auszuweihen. Seine juristischen Studien, seine vierjährige Beschäftigung als preussischer Referendar kamen dem vormaligen Jesuitenjüngling in dieser Richtung trefflich zu Statten. Mit praktischem Scharfblick erkannte er, welche gewaltige Machtmittel durch die Behandlung der socialen Probleme zu gewinnen seien. In Wort und Schrift hat er den Arbeitern unermüdlich das Thema variirt, daß nur in der Kirche ihr Heil zu finden sei, und die katholischen Gesellschaften, die verschiedenen katholischen Hilfsvereine u. dergleichen, die sich allezeit seiner besonderen Fürsorge Barmherzigkeit noch entschlossener aber war er bestrebt, die Macht der Kirche über den Staat zu erweitern, den Staat zum Werkzeug der Kirche zu machen. Wohl niemals hat ein deutscher Bischof in dieser Richtung einen solchen Erfolg aufzuweisen gehabt, wie Ketteler nach den ersten Jahren seiner Mainzer Thätigkeit in jener vielversprochenen Convention von 1854. Aber in dem gleichen Maße ist auch Keiner wie er im Laufe der Jahre aus der läßt genommenen Stellung so weit zurückgedrängt worden. Derselbe Kirchenfürst, der zur Blüthezeit des Dalwig'schen Regimes der eigentliche Herr in Posen-Darmstadt war, ist nur durch den Tod davor bewahrt geblieben, durch die Gesetze des selben Staates zu Gefangen und Amtenhebung verurtheilt zu werden. Je mehr indeß der Staat sich ermannte, um so mehr wuchs Ketteler's Entschlossenheit und Hartnäckigkeit. Er war keine defensive Natur, in der Aggressive, im festen Borgehen lag seine Stärke. Immer neue Pläne erlann er, den Kampf der Kirche des Schlußabwider den modernen Staat in erfolgreiche Bahnen zu leiten. Der kühnste Gedanke, den er je gefaßt, bewegte ihn unstrittig, als er sich im Frühjahr 1871 in den ersten deutschen Reichstag wählen ließ. Schon nach der Katastrophe von 1866 war diesem politischen Kopfe klar, daß alle Hoffnungen, die neue Entwicklung Deutschlands unter Preussens Führung

Verloren: die Firma Georg Rahn. J. F. Pohle, Auctionator.